

Dokument 45

Rede von Gabriele Behler, Staatsministerin a.D. (geringfügig gekürzte Fassung) vom 17.10.2008 in Lindlar (Hervorhebungen im Text: schulstruktur.com). In der nachfolgend publizierten Rede äußert sich die Politikerin, die u.a. als ehemalige Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Forschung sieben Jahre der NRW-Landesregierung angehörte, dezidiert zu aktuellen bildungspolitischen Konfliktfeldern.

„Zur Zukunft des Gymnasiums – eine pädagogische und gesellschaftliche Standortbestimmung“

(...)

II. Wir erleben es derzeit periodisch, wenn wieder einmal die Ergebnisse eines internationalen Vergleichs von Bildungssystemen und Schülerleistungen veröffentlicht werden: Es bricht geradezu eine kollektive Hysterie aus, oft medial aufgeladen, dabei selten seriös und fachlich analysiert. Die Diskutanten sind sich im Regelfall darin einig, dass das deutsche Bildungssystem leistungsschwach, rückständig, ineffektiv, sozial ungerecht ist. Meist wird wenig differenziert, oft wird nicht sehr genau hingeschaut.

Und auch die Gymnasien bleiben davon nicht unberührt; in manchen Zeitungen erscheinen sie wie Dinosaurier, mit weltfremder Pädagogik, wie elitäre Einrichtungen, die als closed shops ungebetene Aufsteiger fernhalten, aber auch als pädagogische Idyllen, die von der rauhen Wirklichkeit verschont bleiben und nichts mitbekommen von den wirklichen Problemen in der Gesellschaft.

Nun konnten sich in der Tat die Gymnasien mit den Ergebnissen der internationalen Leistungsvergleiche durchaus sehen lassen, aber manchmal habe ich den Eindruck, dass gerade das ihnen dann zum Nachteil gereichen soll: **Die Versuchung scheint groß zu sein, denen immer noch ein zusätzliches Päckchen aufzuerlegen, die die bisherigen Aufgaben gut bewältigt haben.**

III. Wo stehen wir heute, worauf müssen wir uns in den nächsten Jahren einstellen? Um diese Frage zu beantworten, will ich auf einige längerfristige Trends (genauer: 5) hinweisen:

1. Zunächst einmal: Die gesamte Geschichte des deutschen Bildungssystems kann als eine Geschichte seiner tatsächlichen oder vermeintlichen Krisen erzählt werden. Wenn man die Literatur seit dem 19. Jahrhundert Revue passieren lässt, schwankte das System in der Wahrnehmung seiner jeweiligen Zeitgenossen offenbar von Krise zu Krise; insoweit ist die heutige Diskussion nicht völlig untypisch. Das soll nicht vorschnell beruhigen, aber doch zur Gelassenheit bei mancher Aufgeregtheit mahnen.

2. Ein ganz wichtiger Trend seit 200 Jahren im Bildungssystem ist der der Professionalisierung. Sie bezieht sich ganz wesentlich auf den Berufsstand der Lehrerinnen und Lehrer und macht sich fest an der qualitativen Anhebung der Ausbildung bis hin zum Niveau der Universität. Zwar gab es an den alten Latein oder Oberrealschulen nicht den aus der Armee entlassenen Unteroffizier, der mit einer Anstellung in der Schule im Alter versorgt wurde. Nein, an diesen Vorläuferschulen des Gymnasiums gab es schon eine fachliche Ausbildung, zu der eine pädagogische im Laufe der Jahrzehnte hinzukam.

Daraus erwuchs eine bis heute aktuelle Diskussion: Wie verhält sich eigentlich das Fachliche zum Pädagogischen? Hier liegt ohne Zweifel ein Spannungsverhältnis vor. Es war ein erheblicher Fortschritt, dass das Unterrichten nicht mehr nur als Nebenprodukt eines Fachstudiums angesehen wurde und gute Lehrer nicht mehr nur als Naturbegabung betrachtet wurden.

Heute habe ich aber zunehmend den Eindruck, dass seitenverkehrt diskutiert wird: **Eine Lehrerausbildung, die schon im Studium den Schwerpunkt auf die Didaktik und die Unterrichtspraxis legt und den Aufwuchs von Fachlichkeit vom Kindergarten bis zur Hochschule missachtet, bringt keine besseren Lehrer, entwertet aber die wissenschaftliche Ausbildung und gefährdet das fachliche Niveau des Unterrichts, einen Aspekt, auf den die Gymnasien zu Recht stets viel Wert gelegt haben** und an dem sich – ebenfalls zu Recht – die Lehrer anderer Schulformen eher orientiert haben.

3. Am bekanntesten ist wohl zum dritten der langfristige Trend der sog. Bildungsexpansion, die in den sechziger Jahren des vorangegangenen Jahrhunderts geradezu explodierte, aber bereits im 19. Jahrhundert einsetzte. Von der 6jährigen Volksschule für Jungen über die allgemeine Schulpflicht und einen Anteil von knapp unter 40% von Jungen und Mädchen am Gymnasium – ein langer Weg.

Aus meiner Generation werden sich noch viele erinnern: Eine Fremdsprache für alle? Noch vor 30 Jahren hoch umstritten; 10jährige Schulpflicht? Noch vor 30 Jahren revolutionär; Gymnasien für Mädchen? In meiner Kindheit die Ausnahme (und wenn, dann das sog. Puddingabitur), und wer auf dem Lande lebte, hatte nur um den Preis eigentlich unzumutbarer Schulwege die Chance, ein Gymnasium zu besuchen. Das klingt heute wie die Geschichte aus uralten Zeiten. Und es kommt wohl niemand mehr heute auf die Idee, das Gymnasium wieder den 5% eines Jahrgangs vorbehalten zu wollen, deren Eltern auch schon das Abitur hatten und den anderen zu sagen: Ihr gehört hier eben nicht hin.

Das Gymnasium hat sich in den vergangenen Jahren in einem Ausmaß geöffnet, wie es kaum jemand vor 40 Jahren geglaubt hätte. Dies ist mir besonders wichtig, zeigt es doch, dass es auch eine erhebliche gesellschaftliche Integrationsleistung vollbracht hat. Wir haben eben nicht, wie in England oder den USA, einige private Schulen, an denen gegen eine hohe Gebühr eine exzellente Bildung erworben wird, sondern wir haben öffentliche Schulen, an denen (bei allen Problemen) ohne Schulgeld hohe Leistungen erbracht und vermittelt werden. Dieser Vorzug gerät jedoch nach meinem Eindruck schleichend aus dem Blickfeld: Wenn daneben und nach und nach immer mehr Schulen erlaubt werden, die Bildung und Schulabschlüsse zur Ware machen und gegen Geld anbieten, verlieren auch unsere Gymnasien auf Dauer ihren Charakter, auch ihre gesellschaftliche Akzeptanz. Davor möchte ich heute warnen.

4. Jetzt komme ich zu einem etwas sperrigen Begriff: Wir haben seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland einen unbestreitbaren Trend zur Normierung. Welcher Abschluss wird wie auf welchem Wege anerkannt? Das ist für viele unüberschaubar. Aber auch hier hilft der Blick in die Geschichte. In Vergleich zu früheren Zeiten ist heute das System damit nicht unüberschaubarer, sondern einheitlicher geworden. Der Staat hat bis heute eine Gewährleistungsfunktion übernommen hat und übernimmt sie - noch. Was heißt das praktisch? Er garantiert, dass jemand mit dem Abitur studieren darf, wenn Studienplätze vorhanden sind. Aber keine Universität, die freie Plätze hat, darf einfach sagen: Dies Abitur erkenne ich nicht an, von jener Schule will ich keine Absolventen. Der Staat hat auch festgelegt, dass mit einem Abitur die allgemeine Hochschulreife vergeben wird, und nicht eine eingeschränkte. Das heißt, die Abiturienten können aus den verschiedenen Fachrichtungen an der Hochschule auswählen. Im Gegenzug musste und muss der Staat

definieren, was denn allgemeine Studierfähigkeit heißt, und er musste und muss auch kontrollieren, dass diese Standards eingehalten werden.

Hier gab und gibt es durchaus Mängel, und die Kontrolle der Standards war und ist nicht sehr beliebt in den Schulen. **Und deshalb ist es sehr verführerisch, Schulaufsicht so zurückzufahren, dass sie letztlich diese fachlichen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann. Wenn diese Tendenz anhält, wird das unsere Schulen, gerade auch unsere Gymnasien, erheblich verändern. Dann können sie nämlich ihren gemeinsamen Leistungsanspruch auf Dauer nicht halten.**

5. Mit dem vierten hängt der fünfte Punkt eng zusammen: Bis in die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein kannten Schulen eine überbordende Staatlichkeit. Der Staat setzte Vorgaben, arbeitete mit den Instrumenten der Gesetze, der Verordnungen, der Erlasse usw. Vieles wurde von oben herab und dann sehr kleinteilig geregelt. Beispiele: Darstellung der polnischen Westgrenze in Schulatlant, Lehrereinstellungsverfahren, dreibändige Richtlinien für das Fach Sport...

Auch die gesamte politische Diskussion kreiste um diese staatlichen Vorgaben.

Entscheidend war aber, dass darüber kaum in den Blick geriet, was denn die Ergebnisse eines so geregelten Schulbetriebs waren. Und Varianten, individuelle Ausprägungen waren nicht gewollt.

Vor diesem Hintergrund erlebte die Idee der selbständigen Schule einen Siegeszug. Diese Idee war zwar aus den reformpädagogischen Traditionen sehr viel länger bekannt, sie wurde jetzt aber zum Inhalt, zur programmatischen Ausrichtung staatlichen Handelns unabhängig von den politischen Vorzeichen der einzelnen Länder, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Größere Selbständigkeit bei Unterrichtsinhalten oder bei der Bildung von Lerngruppen, Eigenständigkeit im Profil, Auswahl des Personals – das waren Beispiele, an denen man diese Idee festmachen konnte und kann. Die meisten Gymnasien begriffen das schnell als Chance, für die eigene Profilierung, für die Unterstützung am Ort, für das Schul- und damit das Lernklima, für selbständiges Lernen....

Ich halte das weiterhin für den richtigen Weg, richtig, weil unterschiedliche Stärken ausgebildet werden können, denn nicht jede Schule kann alles gleich gut, richtig auch, weil hier ein bisschen Konkurrenz belebend wirkt, richtig auch für das Binnenklima einer Schule

mit solch unterschiedlichen Beteiligten, den Persönlichkeiten der Lehrer, dem Zusammenwirken mit Eltern, und vor allen Dingen den Schülerinnen und Schülern.

Ich kann mir auf längere Sicht gut vorstellen, dass die einzelne Schule ihr eigenes Budget auch in Personalangelegenheiten selbständig bewirtschaftet, dass sie in der Binnenorganisation alle erdenklichen Freiheiten hat – vorausgesetzt, die Standards stimmen nachweislich.

Ich wünsche mir für diese Entwicklung jedoch einen geordneten Prozess mit klaren Unterstützungs- und Hilfsstrukturen. Sonst ist er nicht nur unwirtschaftlich und widersprüchlich, sondern auch nicht zumutbar. **Es muss schon klar sein, dass nicht anstelle eines Dezernenten jeder Schulleiter für sich dieselbe Arbeit macht, es muss dann auch Verwaltungsunterstützung in die Schule usw.**

Gelingt ein solcher Entwicklungsprozess, profitieren alle Beteiligten.

So weit so gut. Und dann könnte man sich ja beruhigt zurücklehnen.

IV. In der Tat: Das Gymnasium ist heute nicht mehr die hochselektive Eliteschulform der 50er und 60er Jahre, die nur herzlose und altväterliche pädagogische Konzepte vertritt. In NRW ist derzeit das Gymnasium die Schulform, die deutlich geringere Selektionsquoten als die Realschule und die Hauptschule hat. Das Schulklima und die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler werden im Regelfall sehr gut beurteilt, und bestimmte gymnasiale Traditionen feiern unter veränderten Perspektiven eine fröhliche Wiederauferstehung. Dazu gehört z.B. die lange geschmähte fachliche Schwerpunktsetzung der unterrichtlichen Arbeit an den Gymnasien.

Trotzdem: Bundesweit ist das Schulsystem, und mit ihm die Gymnasien, in der Diskussion. In allen Ländern der BRD ist der Grundsatzstreit um Schulstrukturen in der Nachfolge der PISA-Diskussionen erneut entbrannt.

Ich habe sehr interessiert diese Diskussionen in Hamburg verfolgt: Dort gab es ein Volksbegehren um „Eine Schule für alle“; am 9.10., bei Ablauf der Frist, hatten die Initiatoren die gesetzlich vorgegebene Stimmenzahl nicht erreicht, um die Gymnasien in einem integrierten Schulsystem aufgehen zu lassen. Das hat mich nicht überrascht.

Ich warne aber davor zu meinen, so erledige sich das Thema. Vorgestern (15.10.) las ich beispielsweise in meiner heimischen Zeitung einen Bericht über den Bundeskongress der evangelischen Schulen: „Das deutsche Gymnasium ist eine Bastion, die eine Ständegesellschaft aufrecht erhält.“ (Prof. Werning) und Oberkirchenrat Frank von der EKD wurde mit den Worten zitiert: „Unser Ziel muss es sein, die Schüler so lange wie möglich zusammen zu lassen.“

Sie wissen vielleicht: Ich persönlich meine auch, dass wir auf Dauer nicht daran vorbeikommen, auch in der Schulstruktur Konsequenzen zu ziehen – ich will aber an unsere guten Traditionen anknüpfen und sie nicht über Bord werfen. Aber ich entscheide ja auch nicht politisch.

Aber es sei mir noch einmal erlaubt, den Blick nach HH zu richten: Bekanntlich gibt es dort keine SPD-Regierung, auch keine hessischen Verhältnisse.

Die schwarz-grüne Regierung hat beschlossen, die Klassen 5 und 6 der weiterführenden Schulen den Grundschulen zuzuschlagen, mit der Begründung, längeres gemeinsames Lernen sei der richtige Weg, um die in der Tat skandalös enge Kopplung von Schulerfolg und sozialer Herkunft zu lockern. (Laut Presseberichten war das auch Forderung der FDP bei den Verhandlungen mit der CSU in München; SPD und Grüne setzen eh auf die Auflösung der Schulformen.)

Der Hamburger Weg erfährt viel Sympathie in den Medien, und vielerorts höre ich, das sei doch ein guter Kompromiss zwischen konservativem Leistungsanspruch und sozialer Pädagogik.

Ich halte das für den falschen Weg. Leistung und soziale Gerechtigkeit sind kein Gegensatz, und sie beide dürfen auch nicht als Gegensatz verstanden werden. Auch die Prognosesicherheit wird nach dem 6. Schuljahr nicht viel höher, der Zusammenhang von Herkunft und Schulabschluss wird dadurch nicht gelockert, dafür kostet er aber erhebliche Verwerfungen im System und ungeheuren Kraftaufwand bei der Durchsetzung, den ich lieber in sinnvolle Unterrichtsentwicklung investiert hätte. Nur als Beispiel: Den Französisch- oder Lateinunterricht, der ja in Klasse 6 beginnt nach der bundesweiten Verkürzung der Schulzeit an Gymnasien, übernehmen dann an die Grundschulen abgeordnete Lehrer von Gymnasien.

Gleichzeitig zeigt mir das Hamburger Beispiel, wie schnell das angeblich wichtigste Politikfeld anderen Zielen geopfert wird. (Schmoll: Verflachung der Schule für Vertiefung der Elbe)

Und deshalb (und weil ich hier keinen politischen Vortrag halten will und soll) beschränke ich mich hier auf die Warnung vor einem solchen Weg. Mindestens die rechtzeitige Entwicklung von Konzepten auch für die Zeiten des Schülerrückgangs dürfen und sollten Sie jedoch und gerade deshalb einfordern!

V. Und damit komme ich zu einigen (5) Herausforderungen an die Gymnasien in Gegenwart und Zukunft:

1. Die wichtigste, ich habe sie eben bereits gestreift: Die enge Verkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist ein Thema gerade auch für Gymnasien. **Chancengleichheit wird nicht bedeuten können: Alles für jeden. Aber sie muss bedeuten, allen den Zugang zu den Wissensstandards und zu einer eigenständigen, ausbaufähigen Lernkompetenz zu gewährleisten, für alle den Weg zu qualifizierter Bildung und Weiterbildung offen zu halten, für alle durchlässige Brücken zwischen den verschiedenen Abschlüssen und Bildungsgängen zu bauen und schließlich auch allen eine „zweite Chance“ einzuräumen.**

Ich führe jetzt nicht all das aus, was in anderen Kontexten zu leisten ist: frühkindliche Förderung, Sprachförderung vor und in der Schule, Ganztagsangebote usw. - all das ist im Grundsatz ja auch nicht umstritten.

Aber auch Gymnasien müssen sich bei Leistungsdefiziten von Kindern und Jugendlichen stärker fragen, wie sie diese beseitigen können und nicht nur die Bringschuld bei Kindern und ihren Eltern sehen.

Migrantenförderung ist eine Aufgabe der Gymnasien, sie können nicht darauf warten, dass sie die auf das Gymnasium hin vorgeförderten Kinder handlich zugerichtet geliefert bekommen. Um nicht missverstanden zu werden: Das geht nicht um den Preis der Absenkung von Leistungsanforderungen. Es geht darum, diese Leistungsanforderungen auch zu realisieren.

Auch die Ganztagschule wird kommen müssen, wir wissen aus allen Untersuchungen, dass anreizarme oder reizüberflutende Lebensmilieus sonst nicht hinreichend ausgeglichen

werden können. Und gerade aus diesem Grund ist es wichtig, dass der schulische Raum nicht abgeschlossen ist, sondern durch Kooperationen pädagogisch sinnvoll angereichert wird. Die intellektuelle, aber eben auch kommunikative und soziale Funktion von Sport und Musik kann dabei gar nicht hoch genug veranschlagt werden.

Man kann das alles unter der Überschrift der erweiterten individuellen Förderung sehen, eine richtige Akzentsetzung im aktuellen Schulgesetz. Ohne meine Grenzen überschreiten zu wollen wünsche ich Ihnen dabei ein Mehr an systematischer, inhaltlicher und materieller Unterstützung. Ohne diese werden Sie, wird diese Gesellschaft bei einem ihrer drängendsten sozialen Probleme nicht erfolgreich sein können.

2. Erzieherische Fragen, oft auch Probleme, überlagern in anderem, vermutlich weitaus stärkerem Maße als in früheren Jahrzehnten die schulische, die unterrichtliche Arbeit. Das kann nicht negiert werden.

Kinder und Jugendliche benötigen Erziehung und haben Anspruch darauf. Sie brauchen Fürsorge, Unterstützung, Orientierung, Ermutigung, eine Balance zwischen Raum geben und Grenzen setzen, das Vorbild der Erwachsenen, Ermutigung und Anleitung. Erziehung ist grundlegend für Bildung.

Aber die Kultur des ausgestreckten Zeigefingers ist hier weit verbreitet.

Dazu kommt: Die „Pluralisierung der Lebensstile“ erlebt man in jeder Elternversammlung, Eltern und Lehrer haben oft schon jeweils untereinander völlig unterschiedliche Auffassungen, Konsensbildung ist oft schwierig. Dabei mag auch noch nachwirken, dass wir in Deutschland emanzipatorische Werte lange konfrontativ zu klassischen Sekundärtugenden diskutiert haben.

Das hat sich nach meinem Eindruck in der Theorie erledigt, kein Mensch meint mehr ernsthaft, Pünktlichkeit sei unwichtig, Ordnung müsse nicht gelernt werden. Eher geht es um die Frage, wie intensiv und mit welchen Methoden dies zu vermitteln sei. Das kann und soll m.E. an der jeweiligen Schule mit unterschiedlichen Akzenten festgelegt werden. Ich bin sehr dafür, dass Schulen ihr erzieherisches Programm formulieren, d.h. Schulleitung, Lehrer, Eltern, und altersangemessen auch Schüler. Dies Programm muss auch klare Regeln umfassen, einschließlich der Sanktionen, die bei Regelmissachtungen greifen.

Nun sind unsere Schulen aber einem hohen Anspruch an Veränderungen in vielen „harten“ Bereichen ausgesetzt. Durch die politische Orientierung auf die Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht stehen Erziehungsfragen z.B. im Rahmen der Schulentwicklungsarbeit immer wieder in einer gewissen Konkurrenz zu Unterricht. Und das kann durchaus zur Vernachlässigung von erzieherischem Selbstverständnis und Handeln führen. Ich habe allerdings den Eindruck, dass diese Gefahr zumindest im Bewusstsein der meisten Schulen gesehen wird.

Ich beobachte aber auch das Gegenteil: **Die Formel „Schule ist mehr als Unterricht“ richtete und richtet sich aus einer reformpädagogischen Position heraus gegen eine einseitig kenntnis- und fähigkeitszentrierte Schule. Inzwischen gibt es jedoch schon ernst zu nehmende Hinweise darauf, dass der erzieherische Auftrag abgespalten wird vom Kern der Schule, dem Unterricht, und dann dazu verleitet, den Unterricht und seiner Ergebnisse zu vernachlässigen.** [Tatsächlich gibt es problematische Verarbeitungen einer solchen Erziehungsorientierung der Schule. Für eine bestimmte schwierige Schülerklientel müsse „erst einmal durch Erziehung das notwendige Fundament gelegt werden“, bevor ein gezielter Unterricht beginnen könne; Wissen und fachliche Fähigkeiten hätten bei „Problemkindern und –jugendlichen“ einen geringeren Stellenwert als die Stärkung der Persönlichkeit.] Wenn dies dann noch gehäuft in bestimmten Schulformen oder Regionen oder Stadtteilen auftaucht, verfestigt es sich leicht zu einer Schulkultur, die ihren Bildungsauftrag aus den Augen verliert.

3. Eine verwandte Problematik stellt sich bei den berühmten Schlüsselqualifikationen. Der Arbeitsmarkt fordert Sozialkompetenz von Schulabgängern, und Gruppenarbeit ist nicht mehr sozialistische Nivellierung. Didaktik wird in einer Gesellschaft des lebenslangen Lernens eine gefragte Disziplin, und auch am angeblich doch rein fachlich orientierten Gymnasium stehen Schlüsselqualifikationen hoch im Kurs. So weit, so gut.

Dabei hat die These an Einfluss gewonnen, „ dem Schüler müßten eigentlich nur einige wenige, vielfach und vielfältig nutzbare Qualifikationen (wie etwa effektives Planen, Kommunikationstechniken, sprachliche Fertigkeiten und generelle Problemlösestrategien) sowie Know-how im Umgang mit elektronischen Medien beigebracht werden. Das weitere Lernen könne der Schüler dann schon selbst besorgen - schließlich weiß er-, wie er alle benötigten Informationen aus Datenbanken blitzschnell abrufen und bei der Bewältigung

beliebiger Aufgaben wirksam nutzen kann. Haben Schulabsolventen darüber hinaus noch das Lernen gelernt, so haben sie ... ein umfassend einsetzbares kognitives Rüstzeug zum Wissenserwerb. Nicht Inhalte, sondern ausschließlich Methoden sollten deshalb in den Schulen der Zukunft gelehrt und gelernt werden.“ Das heißt: „ An die Stelle des mühsamen Wissenserwerbs sollte die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, Medienkompetenzen und Lernstrategien treten.“ „Der "kompetente Schüler" braucht weder Schulen noch Lehrer, sondern weiß - wenn man ihm nur die Freiheit dazu gibt - selbst am besten, was er wie lernen sollte.“ (alle Zitate nach Franz Weinert)

Lehrer könnten sich dann künftig nur noch als Moderatoren autonomer Lerngruppen verstehen. **Welch ein Irrglaube, der die Ziele schulischer Bildung mit deren individuellen Voraussetzungen verwechselt! Kognitive Psychologie und Expertiseforschung haben inzwischen überzeugend nachgewiesen, dass Lernen, Problemlösen und die Verarbeitung inhaltspezifischer Informationen keineswegs nur von allgemeinen "Schlüsselqualifikationen" abhängen. Entscheidend sind vielmehr die Kenntnisse, die ein Schüler in dem betreffenden Wissensgebiet angesammelt hat und geistig "verfügbar" hält.**

Globale Unterrichtsentwicklungskonzepte, z. B. nach Klippert, das v.a. von der Bertelsmann-Stiftung propagierte Konzept des „cooperative learning“, - das sind keine Patentlösungen für zu Recht kritisierte Unterrichtskulturen. So entstehen eher Moden, die zu überflüssigen Irrwegen verleiten könnten.

Enttextlichung und Entfachlichung führen eben nicht zu besseren Schlüsselqualifikationen oder höherer Sozialkompetenz. Kompetenz ohne Wissen gibt es nicht, und Grundanforderungen an Bildung sind nicht beliebig ersetzbar. Leistung ist keine Spielerei, und Anstrengung ist gefragt.

Lassen Sie sich an dieser Stelle nicht beirren!

4. Befreiung von staatlicher Bevormundung – wer wollte das nicht? Lehrer allzumal!. Konkret gemeint ist dann oft die Abkehr von regelhaften Verfahren, bei disziplinarischen Maßnahmen ebenso wie bei der Notengebung, bei der Standardsicherung wie bei der Personaleinstellung. Da macht ein Mythos die Runde: der Mythos der Entbürokratisierung.

Lehrer wären angeblich gerne bereit, noch viel mehr zu unterrichten, wenn bloß die Vorschriften nicht wären, Eltern beklagen angeblich die Fülle von Gesetzen, die ihnen die Schullaufbahn ihrer Kinder erschweren, Erziehungsprobleme wären leichter zu beheben, wenn es keine Verfahrensvorschriften gäbe.

Richtig ist: Wir haben etliche Verfahrensvorgaben, die kein Mensch mit gesundem Menschenverstand versteht. Viele davon sind allerdings durch Verwaltungsgerichtsverfahren erzwungen worden. (Da herrscht eine eigene Logik.)

Richtig ist aber auch: Rechtliche Setzungen gibt es oft sehr detailliert für das Zusammenwirken von Lehrern, Eltern, Schülern, Schulleitungen. Hier kann und soll man Freiräume vergrößern. Aber Vorsicht: Wollen wir wirklich zurück zu Zeiten, in denen für die Schulen das „besondere Gewaltverhältnis“ galt und es deshalb für Schüler und Eltern keinerlei Verfahrens- und Rechtssicherheit gab? (Kopfnote!) Dieser Aspekt scheint mir in der Diskussion bisher unterentwickelt zu sein.

Misstrauen ist gegenüber all denen angebracht, die ein Paradies der Übersichtlichkeit um den Preis der Rechtssicherheit in Aussicht stellen. Eine komplexe Welt wie die unsere bleibt auch in der Schule komplex.

5. Schulen und Hochschulen haben sicherlich eine wichtige und immer wichtiger werdende „Zulieferfunktion“ für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt. Es geht um beruflich-„praktische“ Qualifikationen, Kompetenzen und Fähigkeiten - aber nicht nur! Wer sich darauf beschränkt, instrumentalisiert Bildung, reduziert sie auf ihre tatsächliche oder vermeintliche Nützlichkeit. Es geht auch um die Teilhabe an Kultur und Kunst, Politik und Gesellschaft und um die Auseinandersetzung mit Umwelt und Natur. Bildung zielt auf den ganzen Menschen in all seinen Lebensbezügen und in all seinen geistigen, körperlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zu Anderen.

Dazu zählt nach meinem Verständnis die Auseinandersetzung mit den Grundlagen unserer Gesellschaft und mit gesellschaftlichen wie individuellen Werten. Dazu gehören Einblicke in fremde Welten, da ist Literatur, da ist Musik - auch zur Vergewisserung über sich selbst - unverzichtbar. Wie will ich Rationalität und Aufklärung als Methode und als Ziel in dem Diskurs über den Islam und mit Muslimen einfordern, verankern, erreichen, wenn ich auf eine kulturelle Bildung verzichte oder sie nur instrumentell wertschätze?

VI. Wir haben in den letzten Jahrzehnten alle denkbaren Stimmungslagen schon erlebt: Das Jammern auf hohem Niveau und die bildungspolitische Tristesse, den euphorischen Aufbruch, die Zuversicht, auf dem richtigen Weg zu sein, die Enttäuschungen über Fehlschläge, die Ungeduld und die Überforderung.

Eines noch zum Schluss: Wenn heute bildungspolitische Fragen, die eigentlich Fachfragen sind, von Parteien usurpiert werden, um ein Auseinandersetzungsfeld zu haben, dann wird dieser Prozess selbst zum größten Entwicklungshindernis. In Wirklichkeit haben wir in der Bundesrepublik seit etwa zehn Jahren eine relativ breite Übereinstimmung zwischen den Bundesländern, und die Diskussionen auf der Fachebene werden in aller Regel sachbezogen und ergebnisorientiert geführt. Das aber wird in der politischen Wirklichkeit der jew. Länder nicht zugelassen, weil jedes politische Lager hier ein emotionalisierendes und deshalb erfolgsträchtiges Thema sieht. Notwendig wäre hingegen ein fachlich geschützter Raum für unsere Schulen, in dem nachhaltig wirkende Veränderungen entwickelt und systematisch ausgebaut werden können.

Das ist auf den ersten Blick ein Plädoyer für Politikferne. Aber hier könnte ein politisches Paradox zum Tragen kommen: **Ich bin davon überzeugt, dass nur auf diese Weise Bildungspolitik ihren schleichenden Legitimationsverlust überwinden kann. Und deshalb ist das Plädoyer für Politikferne in der Bildungspolitik in Wirklichkeit ein Plädoyer dafür, Fachkompetenz in der Fachpolitik durchzusetzen. Das kommt der Bildungspolitik und den Schulen zugute und nutzt damit der Gesellschaft, den Kindern und Jugendlichen, für die ja eigentlich Schulen und Politik da sind.**

Nachpublikationen mit vollständiger Quellenangabe